



Modellprojekt biko: Verhütungsmittel für Frauen mit wenig Geld kostenfrei

In sieben Städten ist das bundesweite Modellprojekt biko gestartet, mit dem pro familia den niedrigschwelligen Zugang zu Verhütungsmitteln erprobt. biko wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Frauen mit Anspruch auf Sozialleistungen müssen die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel zukünftig nicht mehr selbst tragen – auch wenn sie über 20 Jahre alt sind. Voraussetzung ist, dass sie ihren Wohnort an einem der sieben Projektstandorte haben: Erfurt/Artern, Halle (Saale), Lübeck, Ludwigsfelde (Landkreis Teltow-Fläming), Recklinghausen/Marl/Gladbeck, Saarbrücken oder Wilhelmshaven und Landkreis Friesland. Diese Standorte nehmen bis Ende Juni 2019 an dem bundesweiten Modellprojekt „biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ des pro familia Bundesverbands teil. Das Projekt wird vom Bundesfamilienministerium gefördert. Es ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu verschreibungspflichtigen, sicheren und gut verträglichen Verhütungsmitteln für Frauen, die wenig Geld haben. Ab sofort können sich Frauen in den Beratungsstellen von pro familia informieren und das Angebot der Kostenübernahme nutzen.

„Frauen verändern ihr Verhütungsverhalten, wenn das Geld knapp ist. Bei der Entscheidung für eine Methode werden die Kosten zum entscheidenden Kriterium – nicht aber die eigentlich wichtigen Faktoren Sicherheit und Verträglichkeit. Mit dem Modellprojekt möchte pro familia Frauen zu ihrem Recht verhelfen, Verhütungsmittel selbstbestimmt zu wählen. Das entspricht dem Recht auf Verhütung und hilft, Schwangerschaftskonflikte zu vermeiden“, sagt Dr. Alexandra Ommert, Projektleitung biko, pro familia Bundesverband e.V.

Angesprochen sind Empfängerinnen von ALG II, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz. Das Angebot richtet sich auch an Frauen, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt. Frauen benötigen ein Rezept von ihrer Ärztin oder ihrem Arzt. Zusammen mit einem Leistungsnachweis legen sie das Rezept in ihrer pro familia Beratungsstelle vor. Ihnen wird dann sofort eine Zusage zur Kostenübernahme ausgestellt. Mit dieser Zusage erhalten sie das Mittel ihrer Wahl kostenfrei in der Apotheke. Die Apotheke rechnet direkt mit pro familia ab. Die Frauen müssen nicht in Vorleistung gehen. Mit dem Projekt ist das Angebot einer vertraulichen Information und Beratung zum Thema Verhütung durch pro familia verbunden.

Das Modellprojekt soll unter anderem zuverlässige Daten für den tatsächlichen Bedarf an einer Kostenübernahme liefern. Langfristig könnte diese Erhebung die Grundlage für eine bundesweite Regelung bilden.

Mit der Einführung von Hartz IV entfiel 2004 die sogenannte „Hilfe zur Familienplanung“, mit der das Sozialamt die Kosten für Verhütungsmittel bei anspruchsberechtigten Frauen übernommen hatte. Seitdem müssen verschreibungspflichtige Verhütungsmittel über den Regelsatz von 17 Euro monatlich finanziert werden, der allerdings auch alle anderen, nicht-verschreibungspflichtigen Medikamente abdeckt. In einigen Kommunen gibt es Ersatzlösungen durch spezielle Fonds, die allerdings nicht flächendeckend zur Verfügung stehen. Der pro familia Bundesverband hat sich bereits 2015 in einer deutschlandweiten Kampagne für eine bundesweite, einheitliche Regelung mit Rechtsanspruch auf kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen stark gemacht.

Rückfragen bitte an:

Kristina Nottbohm
Tel.: 069 -26 95 779 15
biko@profamilia.de
www.biko-verhuetung.de

31. Mai 2017

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Stresemannallee 3
60596 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.